

Was passiert diese Woche in Brüssel und Straßburg?

Highlights von 11. bis 15. Februar



Sehr geehrte Damen und Herren,

straffällige Asylwerber müssen schneller als bisher aus der EU verwiesen werden können. Das muss im Einklang mit unseren allgemein gültigen Grundrechten und den Prinzipien des Rechtsstaates geschehen. Dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt erneut der Mord an einem Mitarbeiter der BH Dornbirn vergangene Woche. Wir fragen uns, wie es passieren kann, dass ein Ausgewiesener nach Jahren ungestört, illegal wieder einreist, ein Asylansuchen stellt und auf den Computern nicht sofort alle roten Lampen zu blinken beginnen.

Einer der Gründe ist die Blockade einer Einigung auf das seit langem geplante europäische Asylpaket. Die Regeln, um ausländische Straftäter schneller abschieben zu können, sind Teil dieses Gesetzespakets, das seit 2016 vorliegt. Wenn BM Herbert Kickl Änderungen der EU-Gesetze fordert, verschleiert er dabei, dass die EU das seit Jahren will, es aber bislang am Streit der Mitgliedstaaten scheitert.

In der **ZiB2** habe ich am Freitagabend klargestellt, dass wir **in Europa in keiner Koalition mit der FPÖ** sind, die mit EU-Zerstörern wie Marine Le Pen und der deutschen AfD gemeinsame Sache machen will. Im Wahlkampf um das Europaparlament ist die FPÖ ein Gegner. [Das ganze Gespräch können Sie hier nachsehen.](#)

Das Europaparlament tagt diese Woche in Straßburg. Das sind die wichtigsten Themen der Woche:

- Treffen der **Eurofinanzminister** (Montag)
- Justiz- und Innenausschuss stimmt über **Frontex-Reform** ab (Montag)
- Treffen der **EU-Finanzminister** (Dienstag)
- Europaparlament legt neue Regeln für **Katastrophenschutz** fest (Dienstag)
- Europaparlament fordert EU-Strategie für **Künstliche Intelligenz** (Dienstag)
- Debatte über Zukunft Europas mit **Italiens Premier Conte** (Dienstag)

Folgen Sie uns!



Neueste Pressemitteilungen

08.02.2019 - 10:23

[Mandl: Mit SPÖ-Blockaden erreichen wir die Klimaziele nicht](#)

Ökostromnovelle: "Wer Biomasse verhindert, fördert den Import von Atomstrom" Brüssel, 8. Februar 2019 (ÖVP-PD) Für den Europaabgeordneten Lukas Mandl ist die...
04.02.2019 - 13:22

[ÖVP-Becker: "Beseitigen Sicherheitslücken bei Visakontrolle"](#)

Vernetzung EU-Visadatenbank mit EU-, Europol-, und Interpol-Datenbanken. Nutzung von Mehrfachidentitäten verhindern. Brüssel, 4. Februar 2019 (ÖVP-PD) "Mit der Ü...
30.01.2019 - 10:44

[ÖVP-Schmidt: "EU muss Geld für NGOs besser kontrollieren"](#)

EU-Rechnungshof fragt, wohin die milliardenschweren EU-Mittel fließen – vor allem bei Not- und Entwicklungshilfe. Brüssel, 30. Jänner 2019 (ÖVP-PD) "Nicht weniger...
29.01.2019 - 15:45

[ÖVP-Becker: „Visa-Vorteile für kooperative Nicht-EU-Staaten“](#)

Einigung zwischen Europaparlament und Mitgliedstaaten. Wenn die Rückübernahme funktioniert, gibt es leichter Visa. Brüssel, 29. Jänner 2019 (ÖVP-PD) "Wir vereinfachen...
[Mehr](#)



- ev. Einigung auf **CO2-Grenzwerte für Lkw** (Dienstag)
- Europaparlament bestätigt **Handelsabkommen mit Singapur** (Mittwoch)
- Plenardebatte über **Steuergerechtigkeit für Unternehmen** (Mittwoch)
- Europaparlament fordert Fortschritte in **Bosnien-Herzegowina** (Mittwoch)
- Neue Regeln für **Regionalförderungen** (Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag)
- Europaparlament legt Grundstein für kompatible **Mautsysteme in Europa** (Donnerstag)
- Europaparlament stimmt über neue Regeln für **ausländische Investitionen** in Europa ab (Donnerstag)

Nähere Informationen zu einzelnen Themen finden Sie unten.

Wir wünschen Ihnen eine gute Woche.

Ihr Othmar Karas

Höchste Zeit für mehr Steuergerechtigkeit



Am Mittwoch debattiert das Europaparlament die Initiativen der EU für eine gerechtere Steuerpolitik. "1.000 Milliarden Euro an potenziellen Steuereinnahmen entgehen den Mitgliedstaaten jährlich vor allem wegen einem Mangel an europäischer Zusammenarbeit, der Uneinigkeit und dem Egoismus mancher Mitgliedstaaten sowie dem Einstimmigkeitsprinzip im Rat", sagt der Europaabgeordnete Othmar Karas, Mitglied des Sonderausschusses zu Steuerfragen. "Die notwendige europäische Gesetzgebung – wie eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage für Unternehmen, die öffentliche länderspezifische Berichtspflicht und die Digitalsteuer – liegen seit Jahren auf dem Tisch, aber scheitern bislang an nationalen Blockaden. Für mehr Steuergerechtigkeit muss das Einstimmigkeitserfordernis endlich fallen", sagt Karas.

Othmar KARAS

BRU: +32 (0)2 2845627 - STR: +33 (0)3 88 175627

Twitter: [@othmar_karas](https://twitter.com/othmar_karas)

Daniel Köster, Tel: +32 487 384 784

EU prüft Ausländische Direktinvestitionen



Am Donnerstag stimmt das Europäische Parlament über neue Rahmenbedingungen für Ausländische Direktinvestitionen (Foreign Direct Investments/FDI) ab. Vor allem die Investitionen aus China hatten zuletzt deutlich zugenommen. "Globaler Handel sichert den Wohlstand und schafft gute Arbeitsplätze. Wichtig ist aber, dass für alle Handelspartner ein gleiches und faires Regelwerk besteht", begrüßt der ÖVP-Europaabgeordnete und EU-Handelspolitiker Paul Rübiger diese Initiative für fairen Handel. "Mit dem neuen FDI-Monitoringsystem wird der

Informationsaustausch über ausländische Investitionen gestärkt, die für Europa sicherheitsrelevant sind. Gleichzeitig bleiben die Staaten souverän in ihren Entscheidungen über diese Investitionen."

Paul RÜBIG

BRU: +32 (0)2 2845749 - STR: +33 (0)3 88 175749

Twitter: [@paulruebig](#)

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

"Machen Mautsysteme in Europa kompatibel"



Am Donnerstag stimmt das Europaparlament über die Interoperabilität elektronischer Mautsysteme in Europa ab. "Damit sorgen wir dafür, dass künftig alle elektronischen Mautsysteme auf allen Straßen in der EU untereinander kompatibel sind", sagt die ÖVP-Europaabgeordnete und EU-Verkehrspolitikerin Claudia Schmidt. "Die Verordnung schafft die technische Grundlage für Mauten, die auf der Fahrleistung und den verursachten Schadstoffen basieren, in ganz Europa. Die tatsächliche Einführung einer solchen Maut für Pkw bleibt freilich alleinige Angelegenheit der Mitgliedstaaten."

Claudia SCHMIDT

BRU: +32 (0)2 2845181 - STR: +33 (0)3 88 175181

Twitter: [@Schmidt Clau](#)

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

Europaparlament beschließt Position zu Frontex-Reform



Am Montag stimmt der Innenausschuss des Europaparlaments in einer außerordentlichen Sitzung die Parlamentsposition zur Reform der Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex) ab. Danach sollen so rasch wie möglich Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten aufgenommen werden, um noch vor den Europawahlen im Mai eine Einigung zu erzielen. Heinz K. Becker, Sicherheitssprecher der Volkspartei im Europaparlament, sagt: „Wir sind für die deutliche Aufstockung des Frontex-Personalstands zum wirkungsvollen Schutz der EU-Außengrenzen. Sinnvoll aber leider umstritten ist die Möglichkeit, Drittstaaten bei der Rückführung illegal aufhältiger Personen zu unterstützen, wie sich das etwa die Balkanstaaten von der EU wünschen.“

Heinz K. BECKER

BRU: +32 (0)2 2845288 - STR: +33 (0)3 88 175288

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

Neuer Rahmen für den Katastrophenschutz



Am Dienstag stimmt das Europaparlament über das Verhandlungsergebnis mit den Mitgliedstaaten zum Katastrophenschutzpaket ab. "Die Rettungsmaßnahmen bei den verheerenden Waldbränden in Portugal haben gezeigt, dass Europa beim Katastrophenschutz besser werden muss", sagt der ÖVP-Europaabgeordnete Lukas Mandl. Das vorliegende Verhandlungsergebnis sei in Summe positiv zu bewerten, meint Mandl: „Die umgesetzten Änderungen sind ein wichtiger Baustein gegen Zentralismus und

Kommerzialisierung, für Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene und die so wichtige Freiwilligkeit. Feuerwehren und Rettungsorganisationen wären durch ein zentralistisches System vor Hürden gestanden - das haben wir mit vereinten Kräften verhindert. Somit haben wir ein System auf Schiene gebracht, das zu unserer bewährten Zivilgesellschaft passt.“

Lukas MANDL

BRU: +32 (0)2 2845211 - STR: +33 (0)3 88 175211

Twitter: [@lukasmandl](#)

Daniel Köster, Tel: +32 487 384 784

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie Inhalte der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament abonniert haben.

Wenn Sie die Art der Newsletter, die Sie erhalten, ändern möchten: [Einstellungen ändern](#). Wenn Sie keine unserer Newsletter mehr erhalten möchten: [Alles abbestellen](#). ([Datenschutz](#))

Für allgemeine Anfragen wenden Sie sich bitte an eppgroup@ep.europa.eu.